

Saal-Zeitung.

Gänzlichjährlicher Jahrgang.

Bezugspreis für Halle... 2,50 M. ...

werden die gehaltenen Soloviertel oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Campi-Verlag: Halle, Gr. Braubachstraße 17; Anzeigenschein: Markt 24.

Nr. 14.

Halle a. S., Montag, den 9. Januar.

1911.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen.

(Von unserem Parlamentsberichterstatter.)

Am Dienstag nehmen die Parlamente in Berlin die Arbeiten wieder auf. Der Reichstag wird sich zunächst mit der Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei, betreffend die Aufhebung des Zündwarensteuerzuges, beschäftigen.

Das deutsch-russische Abkommen über Persien.

Die Debatten über die Potsdamer Abmachungen zwischen dem russischen Zaren und dem deutschen Kaiser, resp. zwischen Herrn von Ribbentrop-Wächter und dem russischen Minister des Auswärtigen Salanow haben bisher noch zu keiner völligen Klärung geführt.

im Nordosten der Bagdadlinie überhaupt nicht wirtschaftlich betätigen sollte. Und endlich hiege es der russischen Regierung zu große Konzessionen machen, wollten wir uns verpflichten, in ganz Persien nur mit Zustimmung der russischen Regierung für Schiffahrt und Eisenbahnen Konzessionen zu erteilen.

Ein türkischer Stoßbruder.

HTB. Konstantinopel, 9. Jan. Ein Zeitartikel des offiziellen „Tanin“ beklagt bitter, daß bei den Abmachungen zwischen Rußland und Deutschland über den Anschluß der Transpersischen Eisenbahn an die Hanein-Bagdad-Eisenbahnlinie das türkische Selbstbewußtsein verletzt sei.

Die Reichslande und die Verfassungsfrage.

Strasburg, 9. Jan. Gegen den Entwurf einer Verfassung der Reichslande haben gestern große sozialdemokratische Versammlungen in Strasburg, Mühlhausen, Kolmar, Metz und einigen kleinen Orten des Elsaß stattgefunden.

Weiter wird uns aus Strasburg gemeldet: Sonntag fand hier eine eingehende Besprechung des Vorstandes der liberalen Landespartei und der Vertreter der demokratischen Organisationen des Reichslandes über die Verfassungsfrage statt.

Arbeiter-Rentengüter in der Provinz Posen.

Der fortschrittliche Abg. Delius hatte in der 49. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 15. April 1910 über die Anleihe der Eisenbahnarbeiter in der Provinz Posen folgende Ausführungen gemacht:

es auch erwägenswert, für Arbeiter oder niedere Beamte kleine Rentengüter zu schaffen, gerade im Osten der Monarchie, sie damit gewissermaßen zu zwingen, dort ansässig zu werden.

Diesen Antrag sieht man jetzt erfreulichermode näher getreten, die Eisenbahnerverwaltung läßt folgende Nachricht verbreiten: Um deutsche Arbeiter in der Provinz Posen beschaffen zu können und dem Mangel an deutschen Eisenbahnarbeitern abzuhelfen, ist man jetzt dazu übergegangen, an die Eisenbahntrecken in möglichst Nähe der Bahnhöfe kleine Rentengüter zu begründen.

Deutsches Reich.

Der Fall de Wendel.

Die Pariser Tageszeitung „Excelsior“ hat zur Aufklärung des Falles Wendel einen Mitarbeiter nach Venedig geschickt. Der Chef der Familie François de Wendel sagte ihm: Die Situation macht es mir unmöglich, Genueses zu lazen. Die einzige sichere Tatsache ist: daß uns die Untersuchungsarbeiten entgegen worden ist; dieser Erklärung will ich keinen Kommentar hinzufügen.

Das Ganze ist eine etwas dunkle Affäre, die scheinbar durch Familienwilligkeiten bedingt ist, die aber auch eines gewissen politischen Begehrens nicht ermanget. Charles de Wendel war, nach der „Kön. Volksztg.“, das einzige Mitglied der Familie de Wendel, welches auf Verlangen der Regierung als Vertreter der Firma für die in Deutschland bestehenden großen industriellen Werke sich naturalisieren ließ.

Gegen die Telephonvernetzung.

haben die Ortsgruppen des Handbundes in Württemberg und Hohenzollern Stellung genommen und dabei betont:

Die Behauptung von einer Unterbilanz der Telephonanlagen ist bisher mit nichts bewiesen worden; in Württemberg zeigen die Betriebseinnahmen im Verhältnis zum Gesamtaufwand für die Einrichtungen deutlich, daß sich diese hinreichend bezinsen.

Russisch-polnische Lebenswürdigkeiten.

Wegen eines im September vorigen Jahres festgesetzten Kontos der auf der Grenzbrücke zwischen Aromath und dem russischen Grenzortchen Mordzjow ein gerichtlicher Termin festzusetzen, als dessen Resultat die polnische

Staatsanwaltschaft bei der zivillichen Justiz gegen mehrere russische Genossen einen Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens wegen Freiheitsberaubung stellen wird. Außerdem sind „diplomatische Unterhandlungen“ zwischen Preußen und Rußland eingeleitet worden.

### Eine Anstaltsstelle für Elektrizität.

Die Landräte aus ganz Preußen haben in Berlin darüber beraten, ob es nicht zweckmäßig sei, eine Anstaltsstelle für Elektrizität um zu schaffen, um bei den Beratungen über Erfindungen und den Betrieb von Elektrizitätswerken unabhängig zu sein von den ausführenden Firmen. Man war der Ansicht, daß eine solche Beratungsstelle eine sehr segensreiche Wirkung ausüben könne. Es soll nunmehr ein sogenannter Beratungsausschuss „Elektrizität“, der in allen solchen Fragen Auskunft erteilen soll, ins Leben gerufen werden. Die Kosten sollen von den Kreisen aufgebracht werden.

### Bergarbeitervereinigungen im großen.

ei. S. 10. Vom 10. wird uns berichtet: Im Ruhrrevier fanden Sonntag über 80 öffentliche Bergarbeiter- und Lehrlingsvereinigungen statt. Die sich mit der Lohnfrage und der gegenwärtigen Bewegung unter den Ruhrbergarbeitern beschäftigte. Der Verein Kräftiger Bergarbeiter Deutschlands hatte 13 Verammlungen einberufen. Vom alten Bergarbeiterverband dem Hiesig-Duisburger Gewerkschaften und der freien Berufsvereinigungen wurden insgesamt 68 Verammlungen veranstaltet. Die Beteiligung war überall sehr stark. In einzelnen Verammlungen, wo hervorzuheben Redner sprachen, belief sich die Besucherzahl auf Tausende. Mit wenigen Ausnahmen verliefen die Verammlungen durchaus ruhig.

## Parteinachrichten.

### Die Lage in Ostelbien.

HTB. Aus Karlsruhe i. S. wird uns telegraphisch gemeldet:

Ueber die politische und wirtschaftliche Lage in Ostelbien sprach gestern in einer großen von der fortschrittlichen Volkspartei einberufenen mehrstündigen Verammlung im Rolsesensaal Herr Rittergutsbesitzer Becker-Barmmannshausen, das Opfer des Greiswälder Landtagsprozesses. Herr Becker erläuterte in 1 1/2 stündiger sehr ruhiger Rede die Verhältnisse der agrarischen und politischen Wirtschaft im deutschen Osten, die durch Eingliederung zahlreicher Lasten einen tiefen Eindruck zu machen ließen. In der Diskussion beteiligten sich als Statutenredner Dr. Lubow, S. B.-Karlsruhe und der sozialdemokratische Abgeordnete Rols.

### Heer und Flotte.

### französische Bekleidungen

### über die Rüstungen Oesterreich-Ungarns.

Der Pariser „Figaro“ blüht mit Sorge auf die militärische Rüstung Oesterreich-Ungarns. Das Interesse des Thronfolgers für die Armee, die Energie des Generalstabschefs, die organisatorischen Veränderungen führen den „Figaro“ zu der Überzeugung, daß das österröisch-ungarische Heer binnen kurzem in außergewöhnlichen Verhältnissen stärker geworden sein wird. Nach besten Können aber stimmen den „Figaro“ die Plottenpläne der Donaumonarchie. Hierüber schreibt das Pariser Blatt wörtlich:

„Das österröische Geschwader, das schon eine stattliche Macht bedeutet, wird (wegen der Dreanoughtbauten) eine große Rolle im Mittelmeer spielen. Es wird dort um so mehr zählen, als in Folge eines unbegreiflichen Verzugs in dem Augenblick, wo alle anderen Mächte ihre Flotte verhältnismäßig ausbauen, Frankreich sich darauf verheißt, nichts für die feine zu tun. Und dann wandert man sich, daß unter Einfluß, anstatt zu wachsen, es einnimmt. Man wundert sich, daß wir beispielsweise in der Levante, wo unsere Kriegsschiffe die Gemahtheit verloren haben, sich zu zeigen, nicht mehr zu gehört werden, wie wir sollten. Es ist ferner von der Schwächung unseres Prestiges, der Erschaffung unserer auswärtigen Politik die Rede. Wie wenn das Prestige nicht in unmittelbarer Beziehung zur Macht stünde! Wann also werden unsere Volkstir Augen für die Wirklichkeit haben? Wann werden sie sich Redensart über den verkehrten Irrtum abgeben, den sie beginnen, als sie unsere Flotte, das unentbehrliche Werkzeug der Größe unseres Landes, noch länger in Gefahr stehen?“

Es verliert sich, dieser Schwarmalerei bemerkenswerte Darlegungen aus der Jahresrechnung gegenüber zu stellen, die im Januarheft der „Marine-Rundschau“ der französischen Flotte gemeldet werden. Das deutsche Hochblatt leiht seinen Rückblick mit folgenden Sätzen ein:

„Der französische Marine hat das Jahr 1910 gebracht, was ihr das vorhergehende Jahr in Aussicht gestellt hatte: eine heilige Fortführung des vom Marineminister Roue de Capenre begonnenen Reformprogramms auf militärischem, technischem und administrativem Gebiete und seine Krönung durch Einbringung eines Flottenplanes, das den Schiffsbau, die Lebensdauer der Schiffe, den Instandhaltungspersonal (samt Personalbestand und Befehlshaberstellen, den Bestand an Munition und Ausrüstungsvorräten sowie schließlich den Ausbau der Häfen und Werften in bindender Weise festlegen soll. Zwar ist das Gesetz vom Parlament noch nicht genehmigt — der Schluß der Legislaturperiode und die Neuwahlen im Frühjahr sowie die Kabinetskrise im Herbst haben die Verhandlungen hinausgeschoben —, inebell ist die Annahme in der Marinekommission im November fast einstimmig erfolgt, und auch die berechtigte Zustimmung, die der Gegenwart betreffend die Inabgabe der beiden ersten Entwürfe des Flottenprogramms noch im Jahre 1910 in Senat und Deputiertenkammer fand, deutet auf eine günstige Aufnahme des Flottenplanes im Parlament hin.“

### Fot- und Personalnachrichten.

Zur Silberhochzeit des Fürsten und der Fürstin von Sibirien. Am heutigen Tage feiern der Fürst und die Fürstin von Sibirien in Rom ihre Silberhochzeit. Aus der diplomatischen Welt, aus Hof- und parlamentarischen Kreisen sind in den letzten Tagen schon zahlreiche Glückwunschkarten und Telegramme in der Villa Malta eingetroffen.

Der König von Württemberg ist seit einigen Tagen infolge eines Herzschlages ans Bett gefesselt. Er konnte daher an der

Gründungsfeier des neuen Königlich Preussischen Reichstages nicht teilnehmen.

\* Gegenüber ungenügenden Meldungen über den Gesundheitszustand der Jarin teilt die Betrüger Telegrafendirektion mit, daß in dem Besonderen der Jarin keinerlei Verschlimmerung eingetreten ist.

## Die kommende Reichstagswahl.

S. Torgau, 9. Jan. (Privattelegramm.) Die gestern in Falkenberg stattgehabte Vertrauensmännerverammlung bot dem Abgeordneten Dellus-Halle die fortschrittliche Reichstagskandidatur für Torgau-Liebenwerda an.

+ Naumburg, 8. Jan. Die konservative Partei des Wahlkreises Naumburg-Weißenfels will bei der nächsten Reichstagswahl die Kandidatur des bisherigen freikümmigen Vertreters, Rektor Sommer in Burg, nicht wieder unterstützen. Man hat vielmehr die Aufstellung eines eigenen Kandidaten in Erwägung gezogen.

Bri. Weimar, 9. Jan. (Privattelegramm.) In der gestrigen von der fortschrittlichen Volkspartei einberufenen Landesversammlung wurde einstimmig beschlossen, den in seinem alten Wahlkreise Sonneberg nicht mehr kandidierenden Schuldirektor Enders als Landtagskandidaten für den ersten Wahlkreis Thüringen aufzustellen, nachdem Schulinspektor Weich-Nürnberg abgelehnt hat. Da der Kandidat der Volkspartei von den Nationalliberalen unterstützt wird, dürfte seine Kandidatur sehr aussichtslos werden. Bezüglich der Stellungnahme zur Gemeindefürsorge in Sachsen-Weimar, die in dem in diesem Monat zusammentretenden Landtag zur Beratung stehen wird, wurde nach einem erläuternden Vortrag des Landtagsabgeordneten Volz eine die liberalen Forderungen stark betonende Resolution angenommen.

In einer Verammlung des nationalliberalen Vereins für das Herzogtum Gotha wurde Professor Dr. Krüger-Hannovers-Brennhausen als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Gotha proklamiert. Der jetzige Vertreter des Wahlkreises, Erbringer von Hohenlohe, nimmt eine Kandidatur nicht wieder an.

+ Göttingen, 8. Jan. Die nationalliberale Vertrauensmännerverammlung des Reichstagswahlkreises Göttingen-Münden beschloß einstimmig, den Bahnschlosser Gustav Jeller, den Vorsitzenden des Kartells der deutschen Reichs- und Staatsarbeiterverbände, als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufzustellen. — Ulftzart Morley-Göttingen wurde für den Wahlkreis Göttingen-Münden als weislicher Reichstagskandidat aufgestellt.

+ Weimar, 8. Jan. In einer in Weimar veranstalteten Vertrauensmännerverammlung des Bundes der Landwirte wurde der bisherige Abgeordnete Dr. Frhr. von Seydewitz und der Rada für den Wahlkreis Weimar-Weinmühle wiederum als Reichstagskandidat aufgestellt.

## Ausland.

### Arztliche Sperre über eine Stadt.

\* Aus Stuz a. D. wird der „W. Z.“ gemeldet: In Niedau in Oberösterreich brachte der dortige Gemeindevorstand Dr. Franz im vorigen Sommer einen dort vorgekommenen Typhusfall pflichtgemäß zur Anzeige, und die Bezirkshauptmannschaft verlaubte dem Fall sofort in der Amtseigenschaft. Das hatte zur Folge, daß alle Sommerfrüher das Südtirol meiden und die Militärbehörden eine bereits angeordnete Einquartierung rückgängig machten. Die Einwohner fühlten sich dadurch in ihrem Erwerb gefährdet, konstatierten den Arzt und weiterten sich sogar, ihm Lebensmittel zu verweigern. Die Wohnung wurde ihm geliehen, wobei der Arzt für die Kosten der Einquartierung für Oberösterreich die Entlastung des Dr. Franz von seinem Posten als Bezirksarzt, Tatkraftig kündigte ihm der Landesausfluß den Posten, so daß der Arzt die Stadt verließ. Nun hat die oberösterreichische Ärztesorganisation die ärztliche Sperre über die Stadt verhängt.

### Anglo-amerikanischer Schiedsgerichtsvertrag.

□ Aus London wird gemeldet: Präsident Taft hat sich mit dem englischen Botschafter in Washington, Herrn Bruce, und mit dem amerikanischen Senatsausfluß für auswärtige Angelegenheiten in Verbindung gesetzt, um eine Vertragsänderung mit Großbritannien zustande zu bringen, demzufolge beide Länder gewisse, zwischen ihnen entstehenden Differenzen dem Urteilspruch eines Schiedsgerichts unterwerfen wollen. Der gegenwärtige Vertrag wurde 1908 auf fünf Jahre abgeschlossen. Er löst jedoch von der Erledigung durch ein Schiedsgericht alle Fragen aus, die das vitale Interesse, die Unabhängigkeit und die Ehre der beiden Länder betreffen. Taft erklärte am 17. Dezember in einer Rede, daß alle Streitfragen ohne Ausnahme dem Vertrag unterstellt werden müßten. Er ist der Meinung, daß die geltenden amerikanischen Körperschaften diese Ansicht teilen, und daß an der Zeit sei, der englischen Regierung entsprechende Vorschläge zu machen. Die Besprechungen darüber haben jetzt ihren Anfang genommen.

### Zur Verleumdung gegen den Mikado.

Die „Times“ berichtet aus Tokio telegraphisch: Es wird sehr bemerkt, daß die wegen ihrer Beteiligung an dem Komplotz gegen das Leben des japanischen Kaisers verhafteten Personen nicht Sozialisten, sondern Anarchisten sind. Im übrigen hat es in Japan sehr angenehm berührt, daß die Angeklagten in voller Freiheit und Gerechtigkeit aburteilt worden sind. Den die Angeklagten vertretenen 12 Anwälten war jede Möglichkeit der Verteidigung ihrer Klienten gegeben.

### Ministerkette in Oesterreich.

Aus Wien wird berichtet: Am Sonntag kam ein Kompromiß zwischen Wien und den Deutschen zustande, wonach Wien sich die Kandidatur Schönborn als Ackerminister wieder zurückgezogen.

Das Ackerbaureferat übernimmt ebenso, wie das Ministerium des Innern, ein beauftragter Beamter. Die amtliche Publikation des Ministeriums erfolgt am Dienstag.

### Zur Sage in Portugal.

\* Aus Orléans wird gemeldet: Der portugiesische Marineminister beschloß den Verkauf der königlichen Jagden und einiger veralteter Kriegsschiffe. Der Erlös soll zum Ankauf von modernen Kriegsschiffen in England verwendet werden.

— Aus London kommt die Drahtnachricht: Die Bureau drei ehemaliger monarchistischer Zeitungen wurden von der republikanisch gestimmten Menge überfallen. Der angerichtete Materialschutt ist sehr bedeutend. Die Gebäude werden jetzt von republikanischen Soldaten bewacht.

### Japanische Offiziere in Panama.

Unser Pariser S. Korrespondent berichtet uns: Dem „Newport Herald“ wird aus Panama gemeldet: Die japanischen Kriegsschiffe „Rakai“ und „Mama“ sind vor Amalapa in Panama eingetroffen und nahmen dort Kohlen ein. In den letzten beiden Tagen unternahm eine Anzahl Offiziere dieser Kriegsschiffe eine Inspektionsreise über den Isthmus nach der Kanalzone. Die Expedition der japanischen Offiziere wird von amerikanischen Soldaten nicht gerade freundlich aufgenommen.

### kleine Faersnachrichten.

Wohlfahrt gegen eine Profabrik. Aus Kuba wird gemeldet: Die Genossenschaft der Kuba-Gesellen hat die große Kuba'sche Profabrik boykottiert und in einem Aufruf alle Arbeiter aufgefordert, sich dem Boykott anzuschließen, weil die Gemeinde sich über alle gesetzlichen Bestimmungen, besonders über die gesetzliche Sonntagsruhe und über die gesetzliche Arbeitszeit, hinwegsetze. Auch die Bevölkerung wird in dem Aufruf aufgefordert, kein Brot mehr von der Kuba'schen Profabrik zu beziehen.

Die Verfassung des Fürstentums Monaco. Aus Monaco wird gemeldet: Die vom Fürstentum Monaco aus seinem Reich verlebene Verfassung ist in Kraft getreten und feierlich verkündet worden. Die Aufnahme der Bevölkerung war eine sehr freundliche.

Die brasilianischen Meutezer. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet: In der Stadt sind allerlei Gerüchte über eine Anzahl von Todesfällen unter den auf der Schlangenspitze internierten Meutezeren im Umlauf, die sich auf ihre Richtigkeit bisher nicht haben prüfen lassen. Inbes wird berichtet, daß der Führer der Meutezer, der Matrose Can-dido, lebt.

### Gerichtsverhandlungen.

### Die Moabitler Straßenkrawalle vor Gericht.

(Nachdr. verb.) S. & H. Weimar, 7. Jan. In der Sonnabend-Sitzung des Moabitler Krawallprozesses kamen die übrigen Verurteilten vor. Zunächst legte Rechtsanwalt Heinemann sein Plädoyer fort und führte es zu Ende. Er bestritt nochmals, daß der Angeklagte Weich den diebstahlpropheten Blumentopf vom Balkon auf die Schaulust herabgeworfen habe und wandte sich dann den Straftaten der Angeklagten Tiedemann und Werten zu, denen der Staatsanwalt es schon als ein Verbrechen ausgelegt habe, daß sie überhaupt bei den Krawallen anwesend gewesen seien. Daraus allein lie aber den Angeklagten ein strafbares Vergehen noch nicht nachzuweisen. Der Verurteilte geht dann auch auf den allgemeinen Teil der Anklage ein und meint, daß die Handlungen der Polizei in vielen Fällen als Mißhandlungen zu bezeichnen seien, gegen die Angeklagten ein Recht der Abwehr zähle. Soweit sich die Polizei nicht in Ausübung ihres Amtes befunden habe, sondern aggressiv geworden lie, solle der Verurteilte der strafbaren Zusammenrottung bei den Angeklagten fort und sie könnten daher auch beschuldigt werden.

Rechtsanwalt Schramm bezeichnete den von ihm vertretenen Angeklagten Meyer als einen geringfügig minderwertigen Menschen, für den das von Staatsanwalt beantragte Strafmaß von einem Jahr Gefängnis mit Rücksicht auf seine Jugend und seine geringe Bildung viel zu hoch erweise.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld ging nochmals die Ursache der Krawalle — den Streik bei Kupfer u. Co. — durch und meint, daß die fünfzig Streikbrecher die Haupt Schuld an der Verstärkung der Situation trage. Dagegen lie durch die Verhandlung nicht erwiesen, daß der sozialdemokratische Transportarbeiterverband geteilt habe. Wohl aber hätte die fünfzig Arbeiterparteigänger unter den Augen der Polizei geradezu gemeingefährlich haufen dürfen. Auch die Kriminalbeamten hätten äußerst brutal gearbeitet und man müsse sagen, daß die informierte wie die Kriminalpolizei mit dem Hute der Moabitler Bürger besetzt den Schaulust ihrer Soldaten verlassen hätten, für die ihnen jetzt auch noch Ordnung und Ehrezeichen verliehen worden seien. Bei diesen Ausführungen wird der Verurteilte vom Vorleser unterbrochen und der Erste Staatsanwalt Steinbrecht beantragt gegen Dr. Rosenfeld wegen großer Ungebühr eine Ordnungsstrafe. Rechtsanwalt Rosenfeld erklärt zu diesem Antrage, daß er nur die Ergebnisse der Besamtsanwaltschaft referiert und auf Grund dieser die Überzeugung gewonnen habe, die mit seiner Bemerkung zum Ausdruck gebracht hätte. Darauf zieht sich das Gericht zu einer längeren Beratung zurück und verkündet über Dr. Rosenfeld eine

### Ordnungsstrafe von 100 Mark.

Hierüber wird im Zukünftigen berichtet. Nach längeren Bemerkungen gelangt es, einen Invaliden Wigorez ausfindig zu machen, der nach den Behauptungen anderer Zeugen sich dieser Ungebühr schuldig gemacht haben sollte. Er betreibt dies aber und der Vorleser geht dem Zwischenfall nicht weiter nach.

Nachdem dann Rechtsanwalt Rosenfeld sein Plädoyer beendet hatte, wurden die weiteren Verhandlungen auf Montag vertagt.

### Straffammer.

Salle a. S., 7. Januar. „Bring noch mehr!“ Der schon erbeulicht mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestrafte 43jährige Handelsmann Eduard Riemer hat hier heute in einem hiesigen Warenmarkt beschuldigt den Diebstahl im Oktober im November d. J. mehrmals gestohlene Stücke Messing und Kupfer ab. Das entwertete Metall hatte einen Gesamtwert von etwa 60 Mark. Riemer gab die dem Diebstahl aber nur 7,95 Mark dafür. Nach dem ersten der für ihn in vorbestrafte



